

schem Territorium und alle russischen Konzessionen in China auf und gibt ohne Kompensation und auf ewig alles das an China zurück, was ihm von der Regierung des Zaren und der russischen Bourgeoisie geraubt wurde.“

Am 31. Mai 1924 wurde zwischen der Sowjet-Union und der chinesischen Republik ein Abkommen geschlossen, das im Artikel III lautet:

„Die Regierungen der beiden ver-tragschließenden Parteien kommen überein, ... alle Konventionen, Verträge, Kontrakte usw., die zwischen der Regierung Chinas und der zaristischen Regierung abgeschlossen wurden, zu annullieren und sie durch neue Verträge, Abkommen usw. auf der Grundlage der Gleichheit, Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit als auch des Geistes der Erklärungen der Sowjetregierung von 1919 und 1920 zu ersetzen.“

Die am 13. Juni in Bonn überreichte Sowjeterklärung sagt dagegen:

„In keinem einzigen Dokument des Sowjetstaats, in keiner Erklärung Lenins werden die Grenzverträge mit China zu den rechtsungleichen oder revisionsbedürftigen gezählt. Wladimir I. Lenin hat die Grenze der UdSSR mit China niemals angezweifelt.“

Lenin schrieb im Jahre 1900 in seinem Artikel „Der China-Krieg“:

„Will man die Dinge bei ihrem richtigen Namen nennen, so muß man sagen, daß die europäischen Regierungen (und die russische ist dabei so ziemlich eine der ersten) mit der Aufteilung Chinas bereits begonnen haben... aber nicht offen, sondern heimlich, wie Diebe. Sie sind darangegangen, China auszurauben, wie man einen Leichnam ausraubt, und als dieser vermeintliche Tote Widerstand zu leisten versuchte, fielen sie wie wilde Tiere über ihn her, indem sie ganze Dörfer niederbrannten, wehrlose Einwohner, Frauen und Kinder im Amur ertränkten, niederschossen und auf Bajonette spießten.“

In seiner Schrift „Sozialismus und Krieg“ schrieb Lenin 1915:

„Wenn zum Beispiel morgen ... Persien oder China an Rußland den Krieg erklärten, so wären das ‚gerechte‘ Kriege, ‚Verteidigungs-Kriege‘ unabhängig davon, wer als erster angegriffen hat, und jeder Sozialist würde mit dem Sieg der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Staaten über die Räuber—die ‚Großmächte‘ — sympathisieren...“

„Nirgends in der Welt gibt es eine solche Unterdrückung der Mehrheit der Landesbevölkerung wie in Rußland: Die Großrussen machen nur 43 Prozent der Bevölkerung aus, das heißt weniger als die Hälfte, alle anderen aber sind als ‚Fremdstämmige‘ entrechtet. Von den 170 Millionen Einwohnern Rußlands sind rund 100 Millionen unterdrückt und entrechtet.“

In einer Tabelle bezeichnet Lenin von den 22,8 Millionen Quadratkilometern des Russischen Reiches im Jahre 1914 (einschließlich Finnland; Umfang der UdSSR 1969: 22,4 Millionen Quadratkilometer) als „Kolonien“: 17,4 Millionen Quadratkilometer.

TSCHECHOSLOWAKEI

PARTEISÄUBERUNG

Immer im Herbst

Zur Restauration der „führenden Rolle“ der Partei — so Sowjet-Presseagentur „Tass“ am 22. August 1968 — marschierten die Sowjettruppen in die Tschechoslowakei. Seither beginnt die Partei sich aufzulösen — wegen des Sowjetmarschs auf Prag.

Parteichef Dubček hatte die Führungsrolle dieser Partei durch Reformen retten wollen. Nachfolger Husák säuberte die Partei-Führungsspitze von Reformern. Beim großen Aufräumen auf der ZK-Sitzung vom 30. Mai empfahl eine Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des Genossen František Šorm den Ausschluß des Wirtschaftsreformers Ota Šik aus dem ZK — auf derselben Sitzung wurde auch gegen Šorm (und mehr als ein Dutzend anderer Führungs-Genossen) ein Ordnungsverfahren wegen „Verletzung der Parteidisziplin“ eröffnet.

Šorm, Präsident der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, hatte am 25. August 1968 den sowjetischen Akademie-Präsidenten Keldysch in einem Brief beschworen, „alles in Ihren Kräften stehende zu tun, daß unser Land von den Fesseln der Okkupation befreit wird, damit es selbständig den Sozialismus verwirklichen kann“.

Jetzt griff der „Kader-Wechsel“ auf die Regional- und Bezirkskomitees der Partei über. Nach Überprüfung des mittleren und unteren Funktionärs-Korps werden nun die einfachen Mitglieder auf Sowjettreue durchleuchtet. Husák vorletzte Woche auf einer „gesamtstaatlichen Funktionärs-Konferenz“: „Die Aufgabe besteht darin, mit den oppositionellen Tendenzen abzurechnen, sie zu schlagen und der Möglichkeiten zu berauben, auf



Prager KP-Chef Husák Partei zerstört

organisations aufgenommen — selbst in der dunkelsten Stalin-Zeit gab es solche Kommissionen nicht auf lokaler Ebene.

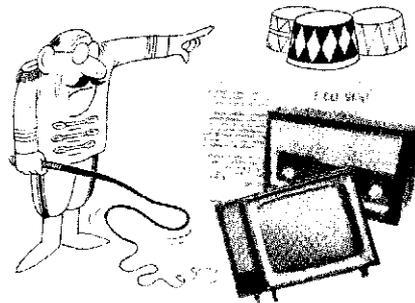
Doch die einfachen Parteimitglieder warten die entwürdigenden Vernehmungen und Aufforderungen zur Selbstkritik nicht ab: Sie geben ihre Mitgliedsbücher der Partei zurück. Vor allem in Nordböhmen und Südmähren hat die Austrittsbewegung Dimensionen angenommen, die Husáks Kommunistische Partei zur Kader-Gruppe schrumpfen lassen.

Von den 1850 Parteimitgliedern der Belegschaft der „Java“-Elektronik-Fabrik in Prag-Pankrác sind 1400 Genossen ausgetreten. Im Motol-Krankenhaus hat die ganze Parteibetriebsgruppe (rund 100 Mitglieder) ihre Mitgliedschaft aufgekündigt; nur der Vorsitzende und der Parteisekretär blieben in der KPC.

Partei-Grundorganisationen — so in nordböhmischen Elektrizitätswerken — haben sich vollständig aufgelöst. Auf dem Schreibtisch des Direktors liegt ein Umschlag mit sämtlichen Partei-Ausweisen — und niemand ist bereit, das Päckchen im Bezirks-Parteisekretariat abzuliefern. Die Bezirks-Parteikomitees aber können ihren Bürobetrieb nicht mehr aus Beiträgen finanzieren und verlangen Geld vom ZK, um ihrem Personal wenigstens die Gehälter auszuzahlen.

Der Mitgliederbestand der KPC von früher 1,6 Millionen Genossen, darunter 330 000 Slowaken, hat sich im tschechischen Landesteil derart vermindert, daß jetzt erstmals weniger Tschechen als (meist Husák-treue) Slowaken der Partei angehören.

Obwohl der frühere Armeepolitichef Prchlík und der vorige Woche als Direktor der Partei-Hochschule entlassene Milan Huebl mit Verhaftung rechnen, zaudert Parteichef Husák noch, den Staatssicherheitsdienst bei der Partei-Säuberung einzusetzen. Husák war selbst in der Stalin-Ära



Dikobraz, Prag*

Dressur für Journalisten

die tschechoslowakischen Werktätigen einzuwirken, und sie überall dort zu unterdrücken, wo sie eine subversive, feindselige Haltung beziehen.“

Partei-Säuberer Miloš Jakeš, Chef der „Zentralen Kontroll- und Revisionskommission“, meldete, über 2000 Sonderkommissionen hätten ihre Tätigkeit in den örtlichen Partei-Grund-

* Februar 1969.

Opfer des Polizeiterrors gegen Parteigenossen.

Die Staatssicherheitsorgane wurden bei ihrer bisher meist nur observierenden Tätigkeit mehrfach rasch enttarnt: So entdeckte der Schriftsteller Václav Havel Anfang des Jahres eine Abhöranlage in seiner Wohnung und beobachtete, wie ein Mikrophon aus der Zimmer-Decke gezogen wurde — Havel publizierte den Fall.

Mit der Überschrift „Die Gangster sind unter uns“ veröffentlichte das Organ des Jugendverbandes „Mladá fronta“ eine andere Affäre:

„Kurz nach zehn Uhr vormittags am 5. Februar 1969 klingelte es an der Wohnungstür des Maschinisten der Wittkowitz Eisenwerke J. K., in der Siedlung Roviny in Hlučín. Er war damals krank. Als er die Tür öffnete, kamen zwei Männer in Ledermänteln in die Wohnung. J. K. führte die Gäste höflich herein und fragte nach ihrem Begehrt. Statt einer Antwort wurde er zusammengeschlagen, und dann begann das Verhör. Vor allem wollten sie die Namen und Adressen weiterer vier Mitglieder des Verbandes antifaschistischer Widerstandskämpfer wissen, die mit ihm gemeinsam im vorigen Jahr Resolutionen verfaßt und abgesandt hatten.“

Der Zentralausschuß des Widerstandskämpfer-Verbandes beschwerte sich: „Leider ist dies kein vereinzelter Fall in dem Gebiet von Ostrau. Es kommt dort zu groben, verborgenen und offenen Angriffen auf die Funktionäre unseres Verbandes, die sogar polizeilich überprüft werden, wie sie sich im August und nach dem August benommen haben.“

Jetzt gibt es indessen keine Plattform für Proteste mehr, seit die Presse wieder gleichgeschaltet ist. Mit Verhaftungen wird jedoch erst nach dem 15. September gerechnet — zu diesem Termin läuft die Amnestie für Emigranten ab.

Und aus der historischen Erfahrung eines dreimal — 1939, 1948, 1969 — verfolgten Volkes sagen ältere Tschechoslowaken: „Bei uns wird immer erst im Herbst verhaftet.“

GRIECHENLAND

WIDERSTAND

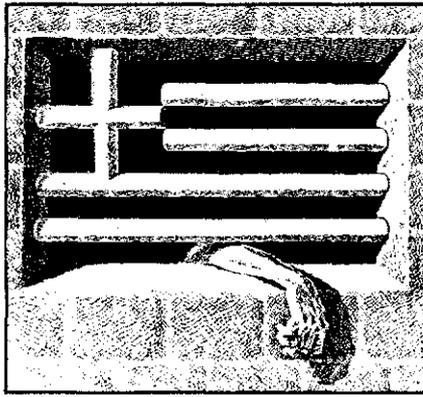
Brief an den Boß

Beim montäglichen Lever des Panzergenerals und Junta-Witzbolds Stylianos Pattakos im Athener Innenministerium erzählte der Journalist Georgios Drossos dem Minister einen neuen Pattakos-Witz:

Griechische Archäologen hatten eine antike Statue ausgegraben, konnten sich aber nicht über deren Alter einigen. Sie zankten sich, bis einer vorschlug: „Gehen wir doch zu Pattakos. Der weiß alles.“

Vizepremier Pattakos entscheidet: „Lassen Sie die Statue bis morgen

* Ein in London erscheinendes Blatt der Exil-Griechen.



Hellenic Review*

hier.“ Aderntags gibt er Auskunft: „Die Statue stammt aus dem ersten Viertel des fünften Jahrhunderts vor Christus.“

Stauend fragen die Wissenschaftler, wie der Minister so genau Bescheid wissen könne. Pattakos: „Ganz einfach. Ich habe die Statue Herrn Lambrou übergeben. Er hat sie binnen 24 Stunden zum Sprechen gebracht.“

Lambrou ist einer der berüchtigtesten Folteroffiziere der Athener „Asphalia“, der Sicherheitspolizei, die für politische Häftlinge zuständig ist.

Pattakos fand den Witz gut und reichte ihn in seine Sammlung ein. Sein Chef, Junta-Boß Oberst Papadopoulos,



Vizepremier Pattakos
Statue zum Reden gebracht

mag Folter-Scherze nicht, konkrete Folter-Berichte freilich noch weniger.

Auf Presseberichte über Foltermethoden seiner Polizisten reagierte der Premier selbst mit einem makabren Witz: Er sagte vor Journalisten, er werde jeden einzelnen Polizisten, dem eine Folterung von Häftlingen nachgewiesen werden könne, auf dem Athener Syntagma-Platz erschießen lassen.

„Amnesty International“ nahm den Premier beim Wort und nannte einen Todeskandidaten: den „Asphalia“-Offizier Karapanagiotis, der „in den vergangenen Wochen den Studenten Nikos Voulelis auf das grausamste folterte“.

Der SPIEGEL kann weitere Namen nennen: Neben der Witz-Figur Lambrou die „Asphalia“-Männer Mallios, Babalis, Spanos und Kravaritis.

Diese polizeilichen Schläger haben zahlreiche der 700 in diesem Jahr bisher angeklagten politischen Häftlinge behandelt — sie zu Geständnissen geprügelt und für die öffentlichen Verhandlungen vorbereitet.

Ihre Methoden: Schläge mit Knüppeln und Eisenrohren, Aufhängen der Delinquenten an Händen und Füßen, Brechen von Gliedmaßen, Ausreißen von Finger- und Zehennägeln.

Ihre Opfer — Studenten, Arbeiter, Soldaten, Intellektuelle, Politiker — sagten über die Folterqualen zum Teil in öffentlicher Verhandlung aus oder wiesen Wunden vor. Die Richter unterbanden solche Aussagen oder übergingen sie.

Darin hat die Athener Junta einen eigenen Stil entwickelt: Sie läßt keinen Anlaß aus, ihren „unblutigen“ Putsch zu feiern — und spricht per Gesetz Nummer 578 vom 28. September 1968 gleichzeitig „den bei der Revolution vom 21. April 1967 und der Niederschlagung der Konterrevolution vom 13. Dezember 1967 gefallenen Angehörigen der Armee sowie deren Familien“ eine Rente zu.

Sie erzählt von „Beweisen für kommunistische Umsturzversuche“, die „auf 70 Lastwagen weggeschafft werden mußten“ (Pattakos in einem SPIEGEL-Gespräch), hat bisher aber noch keinen dieser Beweise vorgezeigt. Papadopoulos selbst erklärte jüngst, es habe in Griechenland „nie einen Massenkonkurrenz gegeben“. In der Tat befinden sich unter den politischen Häftlingen des Regimes mehr Konservative als Kommunisten.

Vorletzte Woche nahm der Diktator per Dekret Nr. 197 den Rücktritt von Athens oberstem Verwaltungsrichter, Michael Stasinopoulos, an, da der Richter — so der Premier — „einen äußerst schweren Fehler“ begangen und ein „in der Justizgeschichte der Welt beispielloses Verhalten gezeigt“ habe.

In Wahrheit hatte der auf Lebenszeit ernannte, unabsetzbare Richter nur getan, was seines Amtes war: Er setzte 21 Richter, die von der Junta gesetzwidrig entlassen worden waren, wieder in ihre Ämter ein.